

A n t r a g

der Fraktion der AfD

Stärkung der thüringischen Wirtschaft durch verbesserte Außenhandelsbeziehungen zur Russischen Föderation

- I. Die Landesregierung wird gebeten zu berichten,
 1. welche Maßnahmen unternommen wurden, um die gegenseitigen Sanktionen der Europäischen Union und der Russischen Föderation zu überwinden (vergleiche Beschluss des Landtags in Drucksache 6/3667);
 2. wie viele Arbeitsplätze nach Kenntnis der Landesregierung im Freistaat Thüringen infolge der gegenseitigen Sanktionen seit dem Jahr 2014 verloren gegangen sind;
 3. welche Summen an Einnahmen dem Landeshaushalt Thüringen und nach Kenntnis der Landesregierung den Unternehmen im Freistaat Thüringen durch die gegenseitigen Sanktionen seit dem Jahr 2014 entgangen sind;
 4. in welchen Gesprächen mit Länderchefs, der Bundesregierung, aber auch bei öffentlichen Auftritten, sowohl in Deutschland als auch in Russland, sie sich in welcher Art für einen Dialog mit dem Ziel der Beendigung der gegenseitigen Sanktionen ausgesprochen hat.

- II. Der Landtag stellt fest:
 1. Das Handelsvolumen zwischen der Russischen Föderation und dem Freistaat Thüringen ist unter anderem durch die Sanktionen seit dem Jahr 2014 deutlich gesunken und hat das Niveau im Vergleich zu der Zeit vor den Sanktionen nicht wieder erreicht.
 2. Die Anzahl der Übernachtungen von Gästen russischer Staatsbürgerschaft sind durch die Sanktionen seit dem Jahr 2014 deutlich gesunken und hat das Niveau im Vergleich zu der Zeit vor den Sanktionen nicht wieder erreicht.
 3. Eine abermalige Verlängerung der russischen Importsanktionen für viele Lebensmittel aus der Europäischen Union und eine Verlängerung der europäischen Wirtschaftssanktionen ist für die russisch-deutschen und insbesondere für die russisch-thüringischen Wirtschaftsbeziehungen schädlich.

- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. die enge regionale Kooperation mit der Region Kasan besonders zu nutzen, um für den Tourismus in Thüringen zu werben;
 2. sich dafür einzusetzen, regelmäßige Flugverbindungen zwischen dem Flughafen Erfurt-Weimar und Zielen in der russischen Föderation für Fracht- und Passagierflüge zu etablieren;

3. sich auf Bundesebene gegen eine weitere Verlängerung der russischen Importsanktionen auszusprechen;
4. sich auf Bundesebene für eine Beendigung der europäischen Sanktionen gegen die Russische Föderation auszusprechen.

Begründung:

Die Russische Föderation gehört politisch wie wirtschaftlich zu den bedeutendsten internationalen Akteuren. Im Zuge des Konflikts um die Ukraine hat die Europäische Union im Jahr 2014 Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation verhängt. Im Juni 2020 beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs die sektoralen Wirtschaftssanktionen bis zum 31. Januar 2021 zu verlängern. Die russischen Sanktionen, die im Jahr 2014 als Reaktion gegenüber der EU verhängt wurden, laufen am 31. Dezember 2020 aus. Nach einem Einbruch der deutschen Exporte in die Russische Föderation steigen diese seit dem Jahr 2017 allmählich wieder. Allerdings nicht der Export aus den neuen Bundesländern. Das Handelsvolumen des Freistaats Thüringen mit der Russischen Föderation hat sich laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage nicht wieder auf das Niveau vom Jahr 2013 erholt. Auch auf die Aufenthalte von russischen Bürgern im Freistaat Thüringen wirken sich die Sanktionen negativ aus. Laut dem Thüringer Landesamt für Statistik blieb die durchschnittliche Übernachtungsdauer zwar relativ konstant und auch die Ankünfte russischer Staatsbürger im Freistaat Thüringen erholten sich wieder, jedoch ist die Zahl der Übernachtungen deutlich zurückgegangen.

Eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland würde nicht nur den Exportsektor des Freistaats Thüringen, sondern auch dem in der Wirtschaftskrise stark betroffenen Gast- und Hotelgewerbe im Freistaat Thüringen nützen.

In der momentanen Wirtschaftskrise ist es wichtiger denn je, Handelsbeziehungen zu stärken. Bereits im Jahr 2019 war der Thüringer Außenhandel von den zunehmenden internationalen Handelskonflikten zusätzlich betroffen. Abgesehen von wirtschaftlichen Gründen spricht sich auch die Mehrheit der Thüringer Bevölkerung für eine Beendigung der Sanktionen aus.

Für die Fraktion:

Braga